



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

3. Ratssitzung vom 27. Mai 2026

124. 2025/361

Postulat von Samuel Balsiger (SVP), Johann Widmer (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 27.08.2025:

Zusammenfassung aller politisch und religiös motivierten Gewalttaten in einem jährlichen Kurzbericht in Form einer Weisung an den Gemeinderat

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4988/2025): *Im Bericht sehen Sie klar, welche Zustände in der Stadt Zürich herrschen und wie von linker Seite Gewalt ausgeht. Wir haben bereits viele Vorstösse zum Linksextremismus eingereicht, da er die dominierende Gewalt in dieser Stadt ist. Trotzdem haben Sie es noch kein einziges Mal geschafft, aufzustehen, explizit das Wort Linksextremismus zu nennen und sich von der Gewalt von linker Seite zu distanzieren. Nun wollen Sie mit einer Textänderung diese Kategorisierungen herausstreichen, da Sie den Ausschlag in der Statistik nicht sehen wollen, neben dem die rechte Gewalt sehr klein aussieht. Sie wollen keinen Spiegel vorgehalten bekommen. Mit Ihrer Textänderung wollen sie diskriminierende Gewalt hinzufügen, doch Gewalt ist per se diskriminierend. Die Gewalttaten sollen zudem thematisch kategorisiert werden. Mit diesem Vorschlag sind wir dann gleich weit. Es wird trotzdem «Linksextremismus» stehen und man wird den Ausreisser sehen. Da wir tolerant und kompromissbereit sind, nehmen wir die Textänderung an.*

Moritz Bögli (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 10. September 2025 gestellten Ablehnungsantrag: *Wenn wir von der rechten Seite neue Sozialmassnahmen fordern oder andere Dinge, die in kantonaler oder nationaler Kompetenz sind, wird uns schnell vorgeworfen, dass es nicht die richtige Ebene sei. Daher finde ich den Vorstoss speziell. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) und der Kanton erheben bereits solche Daten, die auch öffentlich ausgewiesen werden. Wieso die Stadt das auch machen sollte, wenn die Daten bereits existieren, sehen wir nicht ein. Auf städtischer Ebene sind wir nur polizeilich tätig und daher wäre es eine reine Erfassung von Anzeigen. Die belegen aber nicht, dass die Straftaten tatsächlich stattgefunden haben oder nachgewiesen werden können. Wir schaffen also redundante Daten, die nichts bringen.*



Martina Zürcher (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Die FDP möchte keinen zusätzlichen Bericht, der jährlich als Weisung kommt. Mit dem Geschäftsbericht der Stadt Zürich existiert bereits ein jährlicher Bericht des Stadtrats. Diese Informationen sollen darin Platz finden. Der Postulatstext soll entsprechend verändert werden.

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle politisch und religiös motivierten Gewalttaten systematisch in einem jährlichen Kurzbericht im Geschäftsbericht des Stadtrats zusammengefasst werden können. Der Bericht soll dem Parlament jährlich als Weisung vorgelegt werden.

Die Gewalttaten sollen wie folgt kategorisiert werden:

- Polizeifeindlich
- Linksextrem
- Antisemitisch
- Rechtsextrem
- Islamfeindlich
- Fussballfengewalt (mit Nennung des jeweiligen Fussballclubs)

Ein Vorfall kann in mehreren Kategorien genannt werden (zum Beispiel: Linksextrem und polizeifeindlich). Doppelnennungen sollen ausgewiesen werden, damit die Statistik in absoluten Zahlen nicht verfälscht wird. Zu jeder Gewalttat soll nach Möglichkeit eine kurze Beschreibung des Vorfalls hinzugefügt werden.

Lara Can (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Gewalttaten sollen auch erfasst werden, wenn sie diskriminierend sind. Zudem sollen sie thematisch kategorisiert werden. Die aufgeführte Liste der Gewalttaten soll gestrichen und der Text angepasst werden. Wir sehen Bedarf für eine Systematisierung und statistische Erfassung der verschiedenen Gewalttaten, insbesondere bei rassistischen oder queerfeindlichen Vorfällen. Diskriminierenden Motive für Gewalttaten abschliessend aufzulisten, ist schwierig. Darum wollen wir auf die Kategorisierung verzichten und sie für die Umsetzung offenlassen.

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle politisch und religiös motivierten oder diskriminierenden Gewalttaten systematisch in einem jährlichen Kurzbericht zusammengefasst werden können. Der Bericht soll dem Parlament jährlich als Weisung vorgelegt werden.

Die Gewalttaten sollen wie folgt kategorisiert werden: thematisch kategorisiert werden.

- = Polizeifeindlich
- = Linksextrem
- = Antisemitisch
- = Rechtsextrem
- = Islamfeindlich
- = Fussballfengewalt (mit Nennung des jeweiligen Fussballclubs)

Ein Vorfall kann in mehreren Kategorien genannt werden (zum Beispiel: Linksextrem und polizeifeindlich). Doppelnennungen sollen ausgewiesen werden, damit die Statistik in absoluten Zahlen nicht verfälscht wird. Zu jeder Gewalttat soll nach Möglichkeit eine kurze Beschreibung des Vorfalls hinzugefügt werden.



Weitere Wortmeldungen:

Urs Riklin (Grüne): Das Postulat lehnen wir ab, die Begründung empfinden wir als wirr und nicht nachvollziehbar. Auf der Webseite www.nau.ch stand am 5. September 2025: «SVP Zürich zur Fachstelle Extremismus: Unnötiges teures Placebo. Der Extremismusbericht der ZHAW kommt zum Schluss, dass Zürich eine Fachstelle Extremismus brauche. Die SVP sieht dies anders.» Das Postulat widerspricht dem, was die SVP möchte.

Patrick Stählin (GLP): Gewalttaten sind in aller Form abzulehnen. Verwerflich sind sie gerade dann, wenn sie sich auf die im Postulat genannten Kategorien beziehen. Den Kurzbericht befürworten wir, finden aber wie die FDP, dass es dazu keine Weisung braucht. Wir werden es nur unterstützen, wenn die Textänderung angenommen wird. Enttäuscht bin ich vom SVP-Sprecher, der nur die linksextreme Gewalt erwähnt hat. Das hat vielleicht mit dem von ihm erwähnten Spiegel zu tun.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Mitte unterstützt den Vorstoss und begrüsst die beiden Textänderungen – insbesondere, dass keine separate Weisung kommt, sondern die Zahlen im Geschäftsbericht erläutert werden. Ebenso begrüssen wir, dass der Detaillierungsgrad aus dem Postulat gestrichen wird. Die Ausweisung der Zahlen ist relevant.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit beiden Textänderungen einverstanden: Der Sprecher der GLP meinte, dass ich auf dem rechten Auge blind sei. Im ursprünglichen Postulatstext wird auch Rechtsextremismus genannt. Wer Gewalt anwendet, soll keine Unterstützung bekommen. Doch das Hauptproblem in dieser Stadt ist nun mal linke Gewalt.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie alle politisch und religiös motivierten oder diskriminierenden Gewalttaten systematisch ~~in einem jährlichen Kurzbericht im Geschäftsbericht des Stadtrats~~ zusammengefasst werden können. ~~Der Bericht soll dem Parlament jährlich als Weisung vorgelegt werden.~~

Die Gewalttaten sollen ~~wie folgt kategorisiert werden:~~ thematisch kategorisiert werden.

- = Polizeifeindlich
- = Linksextrem
- = Antisemitisch
- = Rechtsextrem
- = Islamfeindlich
- = Fussballfangewalt (mit Nennung des jeweiligen Fussballclubs)

Ein Vorfall kann in mehreren Kategorien genannt werden (zum Beispiel: Linksextrem und polizeifeindlich). Doppelnennungen sollen ausgewiesen werden, damit die Statistik in absoluten Zahlen nicht verfälscht wird. Zu jeder Gewalttat soll nach Möglichkeit eine kurze Beschreibung des Vorfalls hinzugefügt werden.

Das geänderte Postulat wird mit 88 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat